steht die Verfolgung der vernichteten 10. russischen Armee vor dem Abschluß, worauf wohl die Schlußsumme der Gefangenen und der Beute bekanntgegeben wird. Auf allen andern Schlachtfeldern des Ostens, soweit sich dort Kämpfe abgespielt haben, geht es den Russen schlecht. Ihre Vorstöße gegen die südöstliche Grenze Ostpreußens sind wiederum abgeschlagen, in den Karpathen vermögen sie das Kriegsglück nicht zu wenden, in Ostgalizien müssen sie weiter zurückgehen. Bemerkenswert ist das Wiederaufleben der Kämpfe in Westgalizien und Südpolen, wo die Oesterreicher mehrere Erfolge errangen. Der Druck der verbündeten Armeen wird den Russen also jetzt auch wieder an dieser wichtigen Stelle fühlbar.

Die englisch-französische Flotte hat wieder einmal einen erfolglosen Vorstoß gegen die Dardanellenforts unternommen. Sonst erfährt man nichts von Bedeutung von den türkischen Kriegsschauplätzen.

Vom Unterseekrieg liegen ebenfalls keine Meldungen vor. Das ist, wie wir vorausgesagt haben, auch noch nicht zu erwarten, da England Verluste seiner Handelsflotte nicht in die Welt hinausmelden würde. Ueber schwarze Pläne Englands wußte eine Zuschrift an die Vossische Zeitung etwas sehr Phantastisches zu sagen. Ein Herr schreibt dem Blatte:

Während seines Aufenthalts in Holland habe er vor einigen Tagen ein Gespräch zweier holländischer Schiffer mit angehört, die sich darüber unterhielten, daß nach Berichten englischer Seeleute man in England schon dafür sorgen würde, daß der deutsche Unterseebootskrieg bald zu einem deutsch-amerikanischen Zwischenfall führe. Die englische Admiralität werde das erste beste amerikanische Schiff durch ein englisches Unterseeboot angreifen und zum Sinken bringen lassen. Dann sollten die Deutschen erst einmal nachweisen, daß das kein deutsches Unterseeboot gewesen sei.

Diese Unterhaltung wird man schwerlich als genügende Grundlage für eine solche schwerwiegende Beschuldigung ansehen können.

Eine Gefahr.

Die Deutsche Tageszeitung fordert die Verwendung der Kriegsgefangenen zu landwirtschaftlichen Bestellungsarbeiten. Den Landwirten, die dank freiwilliger Hilfsarbeiter und infolge der kolossalen Arbeitslosigkeit im August ihre Ernte wunderbar billig eingebracht haben, steht der Wunsch danach, bei den fabelhaft hohen Preisen für landwirtschaftliche Produkte wieder spottbillige Arbeitskräfte zu erhalten. Die Deutsche Tageszeitung gibt die Bedingungen bekannt, unter denen Kriegsgefangene abgegeben werden sollen:

Für Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen haben die Landwirte zu sorgen, und ebenso haben sie auch alle Kosten für das Bewachungspersonal zu tragen. Liegt die Arbeitsstätte nahe an einem schon bestehenden Gefangenlager und werden die Kriegsgefangenen täglich von dort gestellt, so ist für die Unterbringung ein Satz von 15 Pfg. für den Kopf und Tag (auch der Bewachung) an die Heeresverwaltung zu zahlen. Transportkosten haben die Arbeitnehmer zu tragen, wobei zu bemerken ist, daß für Kriegsgefangene keine Freifahrten gewährt werden, sondern der Fahrpreis 4. Klasse zu entrichten ist. Außerdem erhalten die Gefangenen für ihre Arbeit eine Abfindung, die ebenfalls an die Heeresverwaltung zu zahlen ist und 2,5 Pfg. für jede Stunde, die über fünfstündige Arbeitsdauer hinausgeht, beträgt; als Ansporn für bessere Leistungen darf dieser Satz jedoch bis auf 10 Pfg. gesteigert werden.

Das ist eine nicht erfreuliche Kunde. Die deutschen Soldaten, die durch ihre Tapferkeit und Aufopferung es dahin gebracht haben, daß die Feinde viele Hunderttausende ihrer Kämpfer als Gefangene der Deutschen verloren, hätten, wenn diese Bestimmungen in Kraft bleiben, damit das Mittel geliefert, den Lohn ihrer Arbeitsbrüder herabzudrücken. Man bedenke, der Stundenlohn der Gefangenen soll 2,5 Pfg. betragen, der auf 10 Pfg. steigen kann!

Kein sozialpolitisches Gesetz schützt die Kriegsgefangenen vor gesundheitlicher Schädigung. Die Behandlung deutscher Landarbeiter hat im Frieden bisweilen zu Klagen geführt. Werden alle Landwirte sich bewußt sein, daß die Kriegsgefangenen, die Feinde, nicht vogelfrei sind?

Die Leipziger Volkszeitung hat Briefe aus französischen Gefangenlagern veröffentlicht, in denen unsre Landsleute über die Entziehung kleiner Bequemlichkeiten klagen. Die französische Regierung glaubt sich durch die Behandlung der französischen Gefangenen in Deutschland zu Repressalien befugt. Wir fragen hier nicht, ob mit Recht oder Unrecht; wir konstatieren hier bloß die Gefahr, die den vielen Tausenden deutscher Militär- und Zivilgefangener droht, wenn irgendein unverantwortlicher Landwirt einen Gefangenen unangenehm behandelt, und die Kunde davon ins Ausland bringt. Es mag sich um Einzelfälle handeln, die erregte Phantasie unsrer Feinde wird sie verallgemeinern und büßen werden es die deutschen Gefangenen.

Wir hoffen, daß die Generalkommission ohne Verzug gegen den Plan zu Felde ziehen wird. Sie ist verpflichtet, die deutschen Arbeiter vor einer großen Gefahr, vor empfindlicher Lohndrückerei zu schützen. Die englischen Gewerkschaften stehen den belgischen Flüchtlingen mit aufrichtiger und großer Sympathie gegenüber, aber sie opfern diesen in ihrer Heimat schlecht entlohnten Proletariern nicht die Lebenshaltung ihrer eignen Mitglieder. Sie haben über die neue Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bei der Regierung energisch Klage geführt und die Einsetzung einer von ihnen mitbeschickten Kommission durchgesetzt, die die Lage der belgischen Flüchtlinge prüft und ohne Schädigung der englischen Arbeiter zu heben versucht. Folgende wichtigen Grundsätze wurden, wie wir einem Artikel Albert Baumeisters in den Sozialistischen Monatsheften entnehmen, aufgestellt: Kein belgischer Arbeiter darf beschäftigt werden, solange nicht alle Anstrengungen gemacht worden sind, mit Hilfe der Arbeitsnachweise britische Arbeiter zu finden. Belgische Arbeiter sollen nicht zu schlechtern Löhnen oder ungünstigeren Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden als den sonst in dem Bezirk üblichen.

So handeln die englischen Gewerkschaften, um das Lohnniveau der britischen Arbeiter gegen die belgischen Flüchtlinge zu verteidigen, in denen sie die Bundesgenossen und die Opfer des gemeinsamen Feindes achten. Wir hoffen, daß die deutschen Gewerkschaften bei der Regierung ein geneigtes Ohr finden und angemessene Löhne und Behandlung für die Kriegsgefangenen bei ihrer Verwendung in Landwirtschaft und Bergbau durchsetzen werden.

Eine englische Warnung an Japan.

Manchester, 19. Februar. Der Manchester Guardian schreibt in einem Leitartikel über Japan und China: Der Krieg hat die merkwürdige Wirkung gehabt, Ereignisse von wirklicher Bedeutung für England, wie den Bürgerkrieg in Mexiko, ganz aus dem Gesichtskreis zu entfernen, aber niemand hätte annehmen können, daß der Krieg die Engländer verhindern könnte, Einzelheiten über Vorgänge zu erfahren, die für China eine größere Bedeutung zu haben scheinen, als irgendeine Aktion, die eine fremde Macht in diesem Jahrhundert unternommen hat. Japan hat den Wortlaut seiner Forderungen nicht veröffentlicht, vielleicht aus guten Gründen. Auch China hat dies nicht getan, wenn nicht etwa der britische Zensor das britische Publikum an der vollen Kenntnis dieser wichtigen Vorgänge gehindert hat. Einige nichtamtliche Berichte deuten an, daß Japans Vorgehen sich nicht im Einklang mit dem erklärten Zweck des englischen Bündnisses befindet, nämlich die Unabhängigkeit und Integrität Chinas und den Grundsatz gleicher Gelegenheiten hinsichtlich des Handels und der Industrie für alle Nationen in China zu sichern. Der Manchester Guardian findet es begreiflich, daß Japan die Uebertragung der deutschen Rechte in Schantung und die Verlängerung der Pachtfrist von Port Arthur fordert, aber die Forderungen bezüglich der Südmandschurei und der Ostmongolei schienen ein erster Schritt zu sein, um eine ausschließlich japanische Einflußsphäre zu begründen.

Das Blatt erörtert sodann Japans Forderungen im Yangtsetal, die weiterer Aufklärung bedürften. Die Forderung gemeinsamer Kontrolle mit China über gewisse Bergwerke, Kohlengruben und Eisenwerke in Hanyang könnten eine Verletzung der Unabhängigkeit Chinas bedeuten, deren Sicherung einer der Zwecke des englisch-japanischen Bündnisses sei. Die britischen Sympathieerklärungen für China seien so formell und die britischen Interessen im Yangtsetal so bedeutend und so lange das Ziel der britischen äußeren Politik gewesen, daß jedenfalls die Frage berechtigt sei, was eigentlich vorgehe. Das Blatt fährt fort, China könne vielleicht in einigen Punkten ohne Verlust nachgeben und einen gewissen Schutz gegen fremde Mächte bei Japan finden, aber China finde keinen Schutz gegen Japan selbst. Die allgemeine Wirkung der japanischen Forderungen, soweit sie bekannt sind, wäre, Japan in Schantung und der Mandschurei fest zu etablieren, die Anfänge einer bevorrechteten und exklusiven Stellung in der Ostmongolei und im Yangtsetal zu begründen und die Anerkennung einer besonderen japanischen Zone in Fukien anzubahnen.

China habe gegenüber diesen Forderungen keinen der Vorteile, die es vor dem August gehabt hätte. Alle europäischen Mächte seien anderwärts in Anspruch genommen. Selbst die Vereinigten Staaten hätten dringendere Aufgaben als in China. Es sei unsicher, welchen Einfluß England und andre Länder auf die gegenwärtige Entwicklung in China ausüben könnten, aber England müsse wissen, wo es stehe, und sich über seine Aussichten klar sein. Einige von uns, schließt das Blatt, werden auch nach dem Kriege leben, und sie wünschen zu wissen, wie die Welt sein wird, in der sie zu leben haben.

Der Wiederaufbau Ostpreußens.

Die Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses befaßte sich am Freitag mit der Frage des Wiederaufbaues Ostpreußens. Der Minister des Innern gab eine Uebersicht darüber, was bisher dafür geschehen sei. Bald nach der ersten russischen Invasion sei mit der Unterstützungsaktion begonnen worden. In 99 geschädigten Kreisen wurden bisher 66 Kriegshilfsausschüsse gebildet. Nach dem Stande am 1. Februar seien auf 72 453 Anträge 32,7 Millionen Mark an Vorentschädigung gezahlt worden. Wenn auch noch nicht allen Anträgen habe entsprochen werden können, so sei doch trotz 72 453 Entscheidungen keine einzige Beschwerde eingelaufen. Nach der ersten Invasion seien Tausende von Ostpreußen heimatlos geworden, größer noch sei die Zahl gewesen, als der erste Rückschlag eintrat. Unter der Leitung des Landeshauptmanns, der das Amt als Flüchtlingskommissar übernommen habe, sei der Strom der Flüchtigen in die andern Provinzen der Monarchie und nach Mecklenburg geleitet worden. Die Flüchtlinge seien überall bereitwillig aufgenommen worden. Der Staat zahle monatlich mehrere Millionen Mark. Es sei festzustellen, daß die Flüchtlinge überwiegend zu ihrer Zufriedenheit untergebracht seien; der Neigung, nach Berlin zu strömen, habe er geglaubt, entgegenwirken zu müssen.

In der Diskussion wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß so viel wie möglich für den Wiederaufbau Ostpreußens geschehen müsse. Besondere Aufmerksamkeit sei der Arbeiterfrage und der inneren Kolonisation zu widmen. Es müßten Techniker und Architekten als Sachverständige herangezogen werden. Ein Redner wünschte die Zuziehung von Vertretern der Arbeiterschaft zu den Hilfskommissionen. Es wurden Beschwerden gegen Unterorgane der Kriegshilfe vorgebracht. Die Flüchtlinge dürften in ihrer wirtschaftlichen Entschließungsfreiheit nicht beschränkt, ein Zwang zur Zurückführung nicht ausgeübt werden. Zur vorläufigen Verrichtung der nötigen Arbeiten sollten Flüchtlinge aus allen Landesteilen herangezogen werden.

Der Berichterstatter faßte am Schlusse der Aussprache die Grundsätze, nach denen in Uebereinstimmung mit der Regierung die Provinz wieder aufgebaut werden solle, in folgende Leitsätze zusammen:

Wiederbevölkerung der Provinz, Bürgschaften für eine zweckentsprechende Verwendung der Entschädigungen, Herbeiführung einer Bundesratsverordnung, die eine Auflösung der von Flüchtlingen anderwärts geschlossenen Arbeitsverträge auf deren Antrag zuläßt, Förderung der inneren Kolonisation, insbesondere durch Aufteilung hierzu geeigneter Domänen, Wiederaufrichtung der ostpreußischen Pferde- und Viehzucht, Verbindung von Zweckmäßigkeit und Schönheit bei Errichtung neuer Gebäude, Förderung der Landbestellung.

Der Unterseebootskrieg.

Eine Konferenz der skandinavischen Reiche.

Kopenhagen, 19. Februar. Die Vertreter der dänischen, norwegischen und schwedischen Regierung treten am Sonnabend in Kopenhagen zur Beratung der Frage der Aufrechterhaltung der Schiffahrt in der Nordsee zusammen.

Dienstverweigerung der Matrosen.

Kopenhagen, 19. Februar. Wie Politiken meldet, sind die Schwierigkeiten mit der Mannschaft des Dampfers Fjord, die sich mit Rücksicht auf die Minengefahr geweigert hatte, nach England zu fahren, beseitigt. Man hoffe, daß das Schiff heute nachmittag abgehen wird. — Der Nationaltidende zufolge verweigerten gestern auch die Mannschaften der dänischen Dampfer Knuthenborg und Harrildsborg unmittelbar vor der Abfahrt nach England den Dienst, ebenso die Mannschaft des Dampfers England, dessen Ladung in Landesprodukten besteht.

Rotterdam, 19. Februar. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant erfährt aus London: Das Polizeigericht hat fünf Matrosen des Dampfers Lapwing zu drei Pfund Sterling oder 14 Tagen Haft verurteilt, weil sie sich wegen der Gefahren des Kriegsgebiets geweigert hatten, die Fahrt nach Amsterdam mitzumachen.

Aktenstücke zur Sperrung der Schiffahrt.

Die holländische Regierung beabsichtigt, eine Reihe diplomatischer Aktenstücke über die Sperrung der Nordsee und des Kanals zu veröffentlichen.

Die britische Admiralität setzt Belohnungen aus.

Amsterdam, 19. Februar. Handelsblad meldet, daß die britische Admiralität eine Belohnung von 1000 Pfund Sterling für die Vernichtung feindlicher Unterseeboote und eine solche von 500 Pfund Sterling für Nachrichten über Bewegungen feindlicher Schiffe ausgesetzt hat. Die Belohnung von 500 Pfund Sterling, die das Fachblatt Syren and Shipping für den ersten britischen Kauffahrer, der ein deutsches Unterseeboot versenkt, aussetzte, ist inzwischen durch Beiträge mehrerer Reeder auf 1100 Pfund Sterling erhöht worden. Ein Reeder setzte eine Belohnung von 500 Pfund Sterling für das zweite Handelsschiff aus, das ein feindliches Unterseeboot vernichtet.

Warum die Schiffe nicht fuhren.

Amsterdam, 19. Februar. Das Handelsblad meldet aus Rotterdam: Der gestrige Stillstand in Schiffsankünften scheint seinen Grund im Wetter gehabt zu haben. Heute trafen vierzehn Schiffe ein.

Amerika schickt keine Kriegsschiffe mit.

Amsterdam, 19. Februar. Nieuws van den Dag melden aus Washington: Marineselretär Daniels hat erklärt, daß keine Kriegsschiffe ausgesandt werden sollen, um die amerikanischen Handelsschiffe durch die von Deutschland zum Kriegsgebiet erklärten Gewässer zu geleiten.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die französischen Tagesberichte.

Paris, 19. Februar. Der amtliche Bericht vom 18. Februar, 3 Uhr nachmittags, lautet: Zwischen dem Meer und der Oise nichts Neues während der Nacht. Es bestätigt sich, daß wir einen glücklichen Handstreich ausführten, der uns in den Besitz zweier Reihen feindlicher Schützengräben nördlich von Arras (nordwestlich Roaincourt) setzte und dem Feind ernstliche Verluste beibrachte. Wir erbeuteten einen Minenwerfer und mehrere hundert Bomben. Im Nördlichen, im Abschnitt von Reims, Artilleriekämpfe, wo wir offensichtlich die Oberhand gewannen. In der Champagne, im Gebiet von Perthes, wurde das ganze Gelände, das wir gestern und vorgestern eroberten, behauptet. Unter den zahlreichen Gefangenen, die wir am 16. und 17. Februar machten, sind Offiziere und Soldaten des 6. und 8. aktiven Armeekorps und des 8., 10. und 12. Reservekorps. In den Argonnen behaupteten wir gleichfalls im Grurie-wald südlich von Fontaine aux Charmes den erzielten Gewinn. Wir machten anderseits einige Fortschritte im Gebiet von Bourueilles auf Höhe 203. Unsre Erfolge zwischen den Argonnen und der Maas haben uns in den Besitz eines Gehölzes südlich des Waldes von Cheppy gesetzt. Wir gewannen außerdem 400 Meter in der Tiefe nördlich von Malancourt, ungefähr ebensoviel südlich des Forgeswaldes. Alle diese Gewinne wurden behauptet. Aus dem Gebiet zwischen der Maas und den Vogesen ist nichts zu melden.

Von den Kämpfen in Flandern.

Berlin, 20. Februar. Die Vossische Zeitung meldet aus Amsterdam: Am Mittwoch unternahmen die Deutschen trotz des schlechten Wetters nachts einen neuen Angriff auf Lombartzyde. Den ganzen Tag über donnerten die Kanonen. Südlich Ypern setzte in den letzten Tagen die englische Offensive ein, um zu versuchen, die von den Deutschen eroberten Laufgräben zurückzugewinnen.

Deutsche Flieger über Belfort.

Basel, 20. Februar. Einer Meldung aus Bonfol zufolge statteten deutsche Flieger der Festung Belfort einen Besuch ab. Vier Flieger kreisten über der Stadt und warfen Bomben auf den Bahnhof und auf das Fort Mezire bei Morvillars. Von dort aus wurde ein heftiges Gewehrfeuer auf sie eröffnet, jedoch ohne Erfolg. Zwei französische Flieger verfolgten die deutschen, gaben aber die Verfolgung bald wieder auf, als die deutschen Flieger die beiden französischen Flugzeuge einzukreisen versuchten.

Englisches Regiment in Frankreich.

In politischen Kreisen Frankreichs macht man sich Sorge für die Zukunft von Calais. Die Nachrichten-Agentur Corrispondenza in Rom berichtet, sämtliche französischen Stadtbehörden seien zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, da eigentlich der englische Platzkommandant das Regiment in Calais führe. Französische Truppen seien nicht mehr anwesend, dagegen würden große Kasernen für die Engländer und elegante Villen für ihre Offiziere gebaut, als ob man sich für längere Zeit dort niederlassen wollte.

Strafe für eine Neutralitätsverletzung.

Bern, 19. Februar. Die deutsche Reichsregierung teilte dem Bundesrat mit, daß der Flieger, der am 2. Februar Schweizer Gebiet bei Beurevesin und Coeuve versehentlich überflog, nach durchgeführter Untersuchung bestraft wurde. Die Reichsregierung verband mit dieser Mitteilung den Ausdruck lebhaften Bedauerns.

Lebensmittel für die besetzten Gebiete Frankreichs.

Die parlamentarischen Vertreter der besetzten Gegenden Nordostfrankreichs machen Anstrengungen, die dortige notleidende Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versehen. Die Gründung einer privaten Organisation in Frankreich soll geplant sein, die mit Genehmigung der dortigen Regierung Lebensmittel durch die Schweiz befördern würde. Das Deutsche Reich hat die Zusicherung gegeben, daß diese Waren ausschließlich für die französische Bevölkerung verwendet werden sollen. Die Beförderung der Waren an Ort und Stelle sowie die Verteilung und Ueberwachung der Verwendung wird von schweizerischen Organen übernommen werden. Die Schweiz unterstützt auch dieses Werk der Humanität nach Kräften.

Die Kämpfe im Osten.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 19. Februar, mittags. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet:

An der Front in Russisch-Polen herrschte gestern lebhafte Gefechtstätigkeit, da die Russen zur Verschleierung ihrer Bewegungen hinter der Gefechtslinie ihr Artillerie- und Infanteriefeuer verstärkten. Hieraus entwickelten sich in mehreren Abschnitten Gefechtsaktionen, die zur Vertreibung vorgeschobener russischer Abteilungen führten. In Westgalizien gingen Teile unsrer Gefechtsfront zum Angriff über und nahmen einige Vorstellungen der feindlichen Schützenlinie. In ihrem Gefechtsabschnitt erstürmten die Tiroler Kaiserjäger in überraschendem Anlauf eine vom Gegner seit Wochen befestigte und mit Hindernissen umgebene Ortschaft und nahmen 300 Mann gefangen.

Die Kämpfe in den Karpathen werden mit großer Hartnäckigkeit weitergeführt. Nördlich Nadworna und Kolomea wiesen unsre Truppen Vorstöße der Russen unter großen Verlusten des Gegners zurück. Die Kämpfe nehmen an Heftigkeit zu.

Am südlichen Kriegsschauplatz haben die Serben in letzter Zeit wiederholt offene Städte an unsrer Grenze mit Geschützen beschossen. So wurden auf Semlin am 10. d. M. etwa 100 Schüsse aus schweren Geschützen abgegeben, hiernach mehrere Gebäude, darunter das Hauptpostamt, beschädigt, Zivilpersonen verwundet, auch zwei Kinder getötet. Am 17. wurde Mitrowitza beschossen. Das Kommando der Balkanstreitkräfte hat hierauf Belgrad durch schweres Geschütz kurze Zeit bombardieren lassen und durch einen Parlamentär den Höchstkommandierenden verständigt, daß in Zukunft jede Beschießung einer offenen Stadt mit einem gleichen Bombardement beantwortet werden wird.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs
v. Hoefer, Feldmarschall-Leutnant.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19150220/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG